

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2021

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung

Bei der JHV 2021 ist die RWE-Stellungnahme auf meinen seinerzeitigen Gegenantrag nur lapidar mit Verweis auf das Kohleausstiegsgesetz eingegangen (das die energiepolitische Notwendigkeit von Garzweiler II bescheinigen soll). Auf das zentrale Argument des Antrages spezifisch wurde gar nicht eingegangen, es vor allem nicht widerlegt (siehe Anhang).

Daher erscheint mir mein Gegenantrag zur JHV 2021 inhaltlich unverändert gerechtfertigt und reiche ich ihn hiermit erneut ein:

So begrüßenswert, zukunftsweisend und klug die seit einigen Jahren vorgenommene RWE-Neuausrichtung ist, so unerfindlich, das weiter beharrlich und mit durchaus drastischen Bildern Anti-Marketing in eigener Sache erfolgt, nämlich mit der forciert und offenbar bis 2027 geplanten Zerstörung der Dörfer (Lützerath, Keyenberg, Unter- und Oberwestrich, Kuckum und Berverath) im rheinischen Braunkohlerevier. Selbst wenn die Versorgung der umliegenden Kraftwerke dort mit lokal geförderter Braunkohle bis 2038 wie geplant fortgesetzt würde (was in sich bereits äußerst unrealistisch ist), wäre dies nach Lage einer aktuellen Studie (DIW 2020) unnötig. Damit verfestigt RWE vielmehr sein in Teilen der Öffentlichkeit bestehendes klar Negativimage und unterminiert besagte Neuausrichtung.

Geboten ist es daher, diese Zerstörung sofort zu stoppen - begründet mit eben dieser Neuausrichtung und der bereits immer weniger gegebenen Rentabilität der Braunkohleverstromung (siehe bereits bis dato die ETS-Preisentwicklung). Gerade weil eine solche Wendung seitens RWE überraschend käme, ergäbe sich so eine sehr positive Image-Wirkung, würde die Neuausrichtung insgesamt glaubwürdiger.

Im übrigen deuten vielfach Vorzeichen - gesamtgesellschaftlich und auch zunehmend unabhängig von der politischen Farbe - klar auf ein Ende der Braunkohleverstromung bis 2030 hin, also binnen maximal 9 Jahren. Mißlich wäre es so umso mehr, wenn die Dörfer zerstört würden, die Kohle darunter indes überhaupt nicht mehr gefördert. Und ein solches Bild dauerhaft als Menetekel unternehmerischer Borniertheit und Rücksichtslosigkeit bestehen bliebe. Der RWE-Aktienkurs hat sich in den letzten Jahres sehr erfreulich entwickelt. Meines Erachtens klar im Zutrauen und Vorgriff auf besagte Neuausrichtung. Dort liegen zahlreich Chancen, Ertragsmöglichkeiten und Wachstumsperspektiven. Darum sollte jetzt aktiv und öffentlichkeitswirksam der rasche Rückzug aus der Kohleverstromung eingeleitet werden, also schon bevor sie vollends unrentabel wird.

Anhang:

Als Auszug das zentrale Argument der referenzierten Studie:

Die aktuellen Pläne der Bergbautreibenden sehen (in Absprache mit der Bundesregierung) die Zerstörung mehrerer

Dörfer in NRW vor ... Im noch förderbaren Teil der Tagebaue Hambach und Garzweiler lagern jedoch ausreichend

Kohlemengen (ab Januar 2020 noch insgesamt 736 Millionen Tonnen Braunkohle), um den Weiterbetrieb der

umliegenden Kraftwerke (ungefähr 672 Millionen Tonnen Braunkohle bei einem Kohleausstieg in 2038) sicherzustellen

ohne weitere Dörfer umsiedeln zu müssen. ...Es besteht somit KEINE energiewirtschaftliche Notwendigkeit für den

Aufschluss der ursprünglich geplanten Tagebauflächen. Somit entfällt auch ein mögliches

Allgemeinwohlinteresse an

dem Aufschluss des Tagebaus (siehe:

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.725608.de/diwkompakt_2020-148.pdf)

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Ladwig 